



SRB-Nr. 378

Gemeinderat Heinrich Christ; Interpellation betreffend „partizipative Politik“ in der Verkehrsplanung

Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

An der Gemeinderatssitzung vom 3. Oktober 2012 reichte Gemeinderat Heinrich Christ mit 16 Mitunterzeichnenden eine Interpellation nach Art. 44 des Geschäftsreglementes für den Gemeinderat ein.

Vorbemerkungen

Der Stadtrat versteht unter Partizipation resp. Mitwirkung grundsätzlich das frühzeitige Abholen von Meinungen und Stimmungen aus der Bevölkerung. Partizipation der Bevölkerung ist dort sinnvoll, wo Handlungsspielräume und Optionen bestehen. Der Stadtrat geht mit dem Interpellanten einig, dass eine Mitwirkung keine demokratischen Prozesse und Entscheidungen ersetzen kann und auch Grenzen hat.

Den Ansatz der partizipativen Verkehrsplanung verfolgt der Stadtrat jeweils den Bedürfnissen der einzelnen Planungen und Projekten angepasst. Wie in der Interpellation erwähnt, hat der Stadtrat unter anderem für die Erarbeitung des aktuellen Richtplans Siedlung und Verkehr die Bevölkerung in die Planung integriert. Einerseits wurde der Fuss(weg)- und Velo(weg)-Check durchgeführt, bei dem die Bevölkerung auf Lücken und Schwachstellen im Fuss- und Radwegnetz aufmerksam machen konnte. Andererseits fanden Bevölkerungsworkshops zum Thema Entlastungsstrasse statt. Zudem erfolgte vor dem Abschluss der Erarbeitung ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren, bei dem Interessierte ihre Ansichten und Meinungen zum im Entwurf vorliegenden Richtplan kundtun konnten. Diese Möglichkeit wurde von der Bevölkerung genutzt, diverse Anregungen flossen in den Richtplan Siedlung und Verkehr ein.

Im Rahmen der Quartierentwicklung Ergaten / Talbach entstand aus der Anwohnerschaft das Begehren nach zusätzlicher Verkehrsberuhigung im Quartier. Aufgrund dieses Anstosses wurde ein Versuch zur Verkehrsberuhigung durchgeführt. Auch aus anderen Quartieren treffen regelmässig Anträge insbesondere für verkehrsberuhigende Massnahmen ein. Gute Erfahrungen hat das Tiefbauamt mit Umfragen in den betroffenen Quartieren zu möglichen Massnahmen gemacht, bei welchen mehrheitsfähige Lösungen gesucht wurden. Unter Einbezug der beiden betroffenen Quartiere Kurzdorf und Ergaten-Talbach wurde der Studienauftrag für eine zusätzliche Fussgänger Verbindung zwischen der Wannenfeld- und der Hasenbühlstrasse erarbeitet.

Bei Strassensanierungen wird jeweils in einem frühen Stadium der Projektierung der Kontakt mit den direkt betroffenen Anstössern gesucht. So können Anregungen diskutiert und Verständnis für die Vorhaben geweckt werden. Je nach Projekt wird bereits beim Projektstart eine Veranstaltung in grösserem Rahmen durchgeführt.

Eine bereits angewandte Form der Mitwirkung ist die öffentliche Bekanntmachung von im Entwurf vorliegenden Projekten, welche während einer gewissen Zeit im Tiefbauamt zur Einsichtnahme aufliegen. Dies geschieht im Vorfeld einer öffentlichen Auflage und soll der Bevölkerung Gelegenheit bieten, zu den entsprechenden Projekten Stellung zu beziehen.

Regelmässig stehen auch Themen aus dem Bereich Verkehr auf der Agenda des jährlichen Treffens des Stadtrats mit den Delegationen aller Quartiere. Meistens können unkompliziert Lösungen umgesetzt werden.

Beantwortung der einzelnen Fragen

1. *Plant der Stadtrat zur Zeit im Bereich der Verkehrsplanung Formen „Partizipativer Politik“ im oben beschriebenen Sinn zu nutzen? Wenn ja, welche? Falls nein, weshalb nicht?*

Die partizipative Politik wird grundsätzlich bei Strassenbauprojekten in angepasster Form angewandt – sei dies mit Begehungen (Fuss- und Velo-Check), mit Workshops (Stadtentlastung), Umfragen in den Quartieren oder anderen Vernehmlassungsmöglichkeiten. Bei Strassensanierungen oder -neubauten werden die direkt betroffenen Anstösser frühzeitig kontaktiert. Berechtigte Anliegen fliessen in die Projektierungen ein, das Verständnis der Anwohnenden für die baulichen Massnahmen kann in den meisten Fällen gewonnen werden. Neben diesen Formen der Partizipation sei aber auch darauf hingewiesen, dass jederzeit mit konkreten Fragestellungen an das Tiefbauamt gelangt werden kann.

Der Stadtrat ist sich der Bedeutung der Partizipation bewusst und möchte diese weiterhin gezielt einsetzen. Workshops mit der Bevölkerung sind eine mögliche Form dazu, bedeuten allerdings einen nicht zu unterschätzenden Aufwand und Zeitbedarf. Die Mitwirkung birgt auch Risiken, so zum Beispiel, dass demokratische Entscheide nicht im Sinne der Mitwirkenden ausfallen, gepaart mit einer Enttäuschung der Betroffenen. Vielfach lassen bestehende Zielkonflikte nicht zu, dass eine für alle befriedigende Lösung gefunden werden kann.

2. *Welche Formen „Partizipativer Politik“ plant der Stadtrat im Zusammenhang mit der Neukonzeptionierung des Stadtbusses zu nutzen?*

Im Rahmen der Umsetzung der Sofortmassnahmen per 9. Dezember 2012 wurde die Öffentlichkeit mehrfach auf verschiedenen Kanälen informiert, jedoch aus Zeitgründen nicht im Sinne einer partizipativen Beteiligung miteinbezogen. Der Stadtrat hat sich zu diesem Vorgehen nach unvorhergesehener Projektverzögerung entschlossen. Bei der Erarbeitung des eigentlichen Stadtbuskonzepts 2014 wird die Öffentlichkeit miteinbezogen werden. Dabei stehen in der Regel nicht Einzelpersonen, sondern Quartiersvereine, andere interessierte Organisationen und eine allgemeine Mitwirkung im Vordergrund. Nach heutigem Terminplan soll die Wirkung der Sofortmassnahmen in die Fertigstellung des Konzeptentwurfs einfließen und anschliessend vor den Sommerferien 2013 eine Vernehmlassung erfolgen.

3. *Wie stellt sich der Stadtrat angesichts des steten Handlungsbedarfs im Strassenbau zur Idee, einen „Fuss- und Velo-Check“ regelmässig durchzuführen?*

Der erste Fuss- und Velocheck wurde im Rahmen des Richtplans Siedlung und Verkehr im Jahr 2009 durchgeführt. Dabei wurden ca. 170 Anregungen und Schwachstellen im Fuss- und Velonetz der Stadt Frauenfeld fachlich ungewertet aufgenommen. Die gemeldeten Konfliktpunkte beinhalten z.B. unübersichtliche Kreuzungen für Fuss- und Velofahrer, Wünsche nach zusätzlichen Fussgängerstreifen, fehlende Trottoirs und Radfahrerverbindungen, Absenkungen der Randsteine bei Fussgängerquerungen usw. Die Schwachstellen werden sukzessive bearbeitet. Dabei gilt es diese fachlich zu bewerten, die Verträglichkeit mit den anderen Verkehrsteilnehmern zu überprüfen, die Kosten abzuschätzen und bei ausgewiesenem Bedarf umzusetzen. Bis heute hat das Tiefbauamt über die Hälfte der Meldungen aus dem Check bearbeitet und über 60 konkrete Verbesserungsmassnahmen, von einfachen Randsteinabsenkungen bis Neubauten von Wegen und Schutzinseln, vorgenommen. Auch Meldungen zu Schwachstellen ausserhalb des Fuss- und Velo-Checks nimmt das Tiefbauamt laufend entgegen. Vorerst gilt es die restlichen der gemeldeten Schwachstellen zu analysieren und zu beheben. Dies wird zeitliche wie auch finanzielle Ressourcen binden. Es macht Sinn, den Fuss- und Velocheck zu gegebener Zeit

wieder durchzuführen, allerdings erst nach Aufarbeitung der Mängel aus dem ersten Fuss- und Velo-Check, sowie der laufend gemeldeten Schwachstellen.

Schlussbemerkungen

Der Stadtrat anerkennt die Notwendigkeit der „partizipativen Politik“ in der Verkehrsplanung und ist sehr an einer demokratisch breit abgestützten und mehrheitsfähigen Planung in allen Bereichen des Verkehrs interessiert. Er wendet die Mitwirkung jeweils den Bedürfnissen der einzelnen Planungen und Projekten angepasst an und wird künftig dem Einbezug der Mitwirkung der Bevölkerung noch verstärkt Rechnung tragen.

Frauenfeld, 18. Dezember 2012

NAMENS DES STADTRATES FRAUENFELD
Der Stadtmann Der Stadtschreiber

Im Anhang

Interpellation: „Partizipative Politik“ in der Verkehrsplanung

Interpellation: „Partizipative Politik“ in der Verkehrsplanung

Bei der Erarbeitung des aktuellen Richtplans nutzte die Stadt Frauenfeld kreative Formen „partizipativer Politik“: Der „Fuss- und Velo-Check“ und die Workshops zur Entlastungsstrasse involvierten die Bevölkerung in die Planungen. Diese Veranstaltungen stiessen auf eine gute Resonanz. Die Bevölkerung konnte ihre Anliegen kommunizieren und fühlte sich ernst genommen. Die damals erprobten Gefässe bilden eine sinnvolle Ergänzung zu den in der Gemeindeordnung verankerten Möglichkeiten der Petition und Initiative sowie zur Vernehmlassung als weiterer traditioneller Form der „partizipativen Politik“.

„Partizipative Politik“ im oben beschriebenen Sinn darf nicht mit demokratischen Mehrheitsbeschlüssen verwechselt werden. Es geht nicht um Beschlussfassung, sondern darum, Probleme, Anliegen und Lösungsvorschläge frühzeitig und möglichst breit zu erfassen. Auf dieser Grundlage können mehrheitsfähige Lösungsvorschläge erarbeitet werden. „Partizipative Politik“ bietet ausserdem die Chance, breitere, vielleicht politikferne Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozess miteinzubeziehen.

Formen „Partizipativer Politik“ tragen in verschiedener Weise zu einer konstruktiven und demokratisch gut verankerten Gemeindepolitik bei. Dies trifft insbesondere auf den speziell emotionalen Bereich der Verkehrsplanung (Strassen- und Wegprojekte, Temporegime, öffentlicher Verkehr, etc.) zu.

Fragen:

1. Plant der Stadtrat zur Zeit im Bereich der Verkehrsplanung Formen „Partizipativer Politik“ im oben beschriebenen Sinn zu nutzen? Wenn ja, welche? Falls nein, weshalb nicht?
2. Welche Formen „Partizipativer Politik“ plant der Stadtrat im Zusammenhang mit der Neukozeptionierung des Stadtbusses zu nutzen?
3. Wie stellt sich der Stadtrat angesichts des steten Handlungsbedarfs im Strassenbau zur Idee, einen „Fuss- und Velo-Check“ regelmässig durchzuführen?

Gemeinderat Heinrich Christ, Chrapfpe&Hirne (CH)

